

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

32 (8.2.1909)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
 Luisenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionschluss: 1/2 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
 Buchdruckerei Gsch. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues b. Tage, Feuilleton u. Unterh. Teil: A. Weichmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Siegler in Karlsruhe.

An die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im Auftrage der 345 Delegierten des Tabakarbeiter-Kongresses, im Interesse der von diesen vertretenen 170 000 Arbeitern der Tabakindustrie und deren Hinterbliebenen, appellieren wir an eure Solidarität! Ihr, unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen, werdet Verständnis haben für unsere Bedrängnis; durch euren einmütigen Protest ist die Umsturz-, ist die Zuchthaus-Vorlage gefallen; ihr werdet uns auch jetzt zur Seite stehen, weil unsere Interessen auch eure Interessen sind.

Ihr wißt, daß die deutsche Reichsregierung die Tabakindustrie abermals zu den bisher von ihr getragenen circa 80 Millionen Mark Zöllen und Steuern mit weiteren 78 Millionen Mark neuen Steuern belasten will.

Die Konsumenten sollen die Steuern bezahlen! In der Hauptsache wird das zunächst zutreffend sein, weil man den in der Industrie tätigen über 202 000 Personen von ihrem Gesamtlohn von circa 110 Millionen Mark nicht plötzlich 80 Millionen Mark abziehen kann, da dann selbst für die an Nummer und Not gewöhnten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zur Fristung ihrer Existenz zu wenig übrig bleiben würde.

Aber, ihr Arbeiter, die ihr Tabakkonsumenten seid, wißt, daß ihr nicht — zumal jetzt nicht, in der Zeit der Krisis — beliebig eure Ausgaben für euren Bedarf an Tabak erhöhen könnt. Werden nach den Plänen der Reichsregierung die Konsumgüter der großen Masse um 1 bis 2 Pfennige pro Stück verteuert, so könnt ihr nicht der Reichsregierung und den Tabakarbeitern zu Liebe 25 bis 50 Pfennig pro Woche für euren Bedarf an Zigaretten mehr zahlen, ihr müßt euch nach der Bede strecken und werdet euren Konsum entsprechend der Mehrleistung vermindern müssen.

Der Tabak ist kein Nahrungs-, sondern ein Genussmittel, aber gerade, weil er das ist, hat noch überall, in jedem Lande eine Zoll- oder Steuererhöhung einen entsprechenden Rückgang des Konsums zur Folge gehabt. Durch die Zollerhöhung von 1879 wurden circa 20 000 Tabakarbeiter brotlos; nach den mit 1875 vergleichbaren Zahlen der Gewerbestatistik betrug 1882 die Zahl der aus der Industrie verdrängten Personen noch circa 14 000. Die in Beschäftigung verbleibenden Tabakarbeiter dürften nur halbe Tage arbeiten. Dieser Zustand dauerte jahrelang. Ungeheures Elend kam über die Tabakarbeiter. In dieser entsetzlichen Periode der Not waren die Tabakarbeiter gegenüber den Fabrikanten völlig wehrlos; überall wurden die Löhne reduziert, in vielen Orten um höhere Beträge, als die Mehrbelastung durch den höheren Zoll ausmachte.

Für die gesamten Tabakarbeiter folgte eine fast zwei Jahrzehnte andauernde Periode völliger Verarmung. Die Tabakindustrie ist eine fliegende Industrie, die Großfabrikanthäuser haben sich nur, soweit es absolut möglich ist, an einen Ort gebunden. Wollten die Arbeiter in einem größeren Industrieort zu den elenden Löhnen nicht weiterarbeiten, verlegte man die Fabriken in Ortschaften, wo die Arbeiter noch völlig bedürfnislos waren; man gab Kommissions- oder Hausarbeit in anderen weit abgelegenen Orten aus, um von der Arbeiterschaft so unabhängig wie nur möglich zu bleiben. Zahlen beweisen. Die höchsten Löhne wurden vor 1879 im Norden, die niedrigsten im Süden bezahlt. 1875 betrug die Zahl der Arbeiter im Norden 22 000; 1906 16 000; im Süden dagegen waren 1875 20 000; 1906 49 000 Arbeiter.

Die Zollerhöhung von 1879 ist eine der wesentlichsten Ursachen mit, daß die Tabakarbeiter in ihrem Durchschnittsbedienstet gegenüber den übrigen Arbeitern Deutschlands um 44 Prozent zurückgeblieben sind. Welch ungeheure Mühen hat es gekostet, die durch das Sozialistengesetz 1878 zerrüttete Organisation wieder aufzubauen. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Tabakarbeiter waren ohnmächtig gegenüber den Wirkungen der Zollerhöhung von 1879. In vielen Distrikten herrschte völlige Lethargie unter den Tabakarbeitern; das fürchterliche Elend hatte sie so stumpfsinnig gemacht, daß alle Versuche, sie zu organisieren, fehlschlügen.

Endlich, nach zwei Jahrzehnten unsäglichter Mühe und Arbeit ist es gelungen, die Hoffnungslosigkeit, die dumpfe Verweigerung etwas zu bannen; die Löhne sind in vielen harten Kämpfen im letzten Jahrzehnt wieder etwas erhöht worden. Das, was nach 1879 den Arbeitern vom Lohn abgezogen wurde, haben sie jetzt, nach 30 Jahren, ungefähr wieder erreicht. Wahrscheinlich, wenn irgend eine Arbeiterschaft von Reichs wegen in ihrer Lebenshaltung gedrückt worden ist, so sind es die Tabakarbeiter. Durch die ständig wachsenden indirekten Steuern wurden ihnen alle Lebensmittel und Bedarfsartikel ebenso verteuert, wie allen anderen Arbeitern.

Durch die Wirkungen der Zollerhöhung von 1879 waren sie aber in ihrem Streben, sich der allgemeinen Teuerung entsprechende höhere Löhne zu erkämpfen, für 2 Jahrzehnte völlig lahmgelegt. Im Jahre 1900 ein Durchschnittsbediensteter von

541 Mk.; 1907 von 608 Mk. Diese beiden Ziffern reden mehr als Worte es zu tun vermögen, sie zeigen uns, daß es wieder aufwärts geht, sie beweisen uns aber auch, wie tauglich noch heute die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter sind.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Begreift ihr nun, weshalb wir Tabakarbeiter uns wehren müssen, begreift ihr die Erregung, welche sich der ganzen Tabakarbeiterchaft bemächtigt hat? Begreift ihr unsere Angst und unsere Sorgen?

Wir sollen das Opfer sein!

Auf dem Altar des Vaterlandes, wie verständnislose und egoistische Klerikerpatrioten bellämieren, die sich selbst von ihrem großen Einkommen entsprechender Besteuerung drücken wollen, sollen wir das Opfer unserer Existenz bringen! Ob der Reichstag die von der Regierung vorgeschlagene Vamberosesteuer annimmt, oder ob er, wie 1879, eine Zoll- und Steuererhöhung beschließt, für uns Tabakarbeiter wird das Unglück gleich groß sein.

Wiederum werden Zehntausende von Tabakarbeitern brotlos werden, wiederum werden die beschäftigten Arbeiter bei wesentlich verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen, wiederum wird man uns die Löhne reduzieren.

Und wie nach 1879 werden die Fabrikanten abermals Fabrikfilialen dort errichten, wo völlig bedürfnislose, unorganisierte Arbeiter leben. Der Süden dürfte von dieser Umwandlung der Industrie nicht viel profitieren — ostwärts — an die russische Grenze wird der Zug gehen. Dort werden jetzt die niedrigsten Löhne gezahlt, dort verdienen die Tabakarbeiter um 25 Prozent weniger, als der allgemeine Durchschnittsbediensteter der Tabakarbeiter beträgt — 446 Mk. pro Vollarbeiter im Jahr.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir haben im letzten Jahrzehnt immer größere Scharen von Tabakarbeitern unseren gewerkschaftlichen Verbänden und damit gleichzeitig der organisierten, kämpfenden Armee des Proletariats zugeführt.

Unsere ganze Organisationsarbeit wird abermals bernichtet werden, wenn die Tabakindustrie mit höheren Zöllen und Steuern belastet wird.

Kann euch das gleichgültig sein? Dürft ihr ruhig zusehen, wie die Arbeiterschaft einer so großen Industrie völliger Verarmung, dem Kollaps überantwortet wird?

Schon heute zählt die Reservearmee der Arbeitslosen nach Hunderttausenden, die hinzukommen 40 oder 50 000 arbeitslosen Tabakarbeiter werden das Angebot von Arbeitskräften aber nicht für eine kurze Zeit, sondern für viele Jahre vermindern. Das bedeutet Lohnrückgang auch für die Arbeiterschaft im allgemeinen, nicht nur für die Tabakarbeiter!

Bisher hat die Tabakindustrie Interzessions für verkrüppelte, schwächliche Personen; so mancher in einer anderen Industrie verunglückte Arbeiter, welcher bei der ihm färglich zugewiesenen Unfallrente nicht existieren konnte, wurde im späteren Lebensalter noch Tabakarbeiter. Wenn die Tabakindustrie durch eine Zoll- oder Steuererhöhung in eine so fürchterliche Krise hineingerät, wird das nicht nur nicht mehr möglich sein, sondern die jetzt beim Tabak beschäftigten Krüppel werden als die weniger leistungsfähigen Arbeiter massenhaft arbeitslos werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten seid ihr an der Tabaksteuer interessiert. Deshalb kämpfen wir Tabakarbeiter nicht nur für uns, sondern auch für die allgemeinen Interessen, wenn wir uns gegen die drohende Gefahr zu wehren suchen.

Wir haben getan, was in unseren Kräften stand, wir haben den Reichstagsabgeordneten durch einwandfreies Material bewiesen, welches Unglück sie über die Tabakarbeiter heraufbeschwören würden, wenn sie irgend einer Mehrbelastung des Tabaks zustimmen werden; wir haben durch unsere Vertreter in den einzelnen Wahlkreisen die Abgeordneten persönlich aufsuchen lassen, wir haben zu allen unseren Protestversammlungen die Abgeordneten höchlichst eingeladen.

Was war das Resultat?

Gewiß — eine Reihe Abgeordneter und zwar sämtlicher Parteirichtungen, die aus eigener Kenntnis in ihren Wahlkreisen sich ein Urteil bilden konnten, haben erklärt, unter allen Umständen gegen jede Mehrbelastung des Tabaks stimmen zu wollen — die meisten Abgeordneten aber antworteten ausweichend, sie erklärten, sich nicht binden zu können, ein Teil jedoch war keinen Argumenten zugänglich und meinte, der Tabak werde diesmal bluten müssen, ja, sie behaupteten sogar, das sei die Stimmung in der gesamten Fraktion, der sie angehörten.

Die Situation ist für uns keine hoffnungsfreudige, wir betrachten sie aber noch nicht als eine verzweifelte.

Unsere Gründe, die wir gegen die Tabaksteuer vorbringen, sind die der Wahrheit und des Rechtes, und so gelobten sich die 345 Delegierten am Schlusse des Tabakarbeiterkongresses einmütig, den Kampf nicht aufzugeben, sondern in verstärktem Maße fortzusetzen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Dazu bedürfen wir eurer Mitwirkung! Namentlich an euch wenden wir uns, organisierte Arbeiter Deutschlands, mit uns gemeinsam das geplante Attentat auf unsere gewerkschaftlichen Organisationen abzuwehren. Wes Glaubens ihr auch seid, welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung ihr immer angehört, mögt, wir alle kämpfen für eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter.

Kein Arbeiter, keine Arbeiterin kann und darf dulden, daß so große Massen zu Ruin begraben werden. Deshalb unterstützt unsere Protestbewegung mit aller euch zu Gebote stehenden Energie, und wo immer unsere Vertreter sich an euch um moralische Beihilfe wenden, laßt sie nicht vergeblich mahnen:

Unsere Interessen sind eure Interessen!

Und hoffnungstreudig, wie bei Beendigung des Tabakarbeiter-Kongresses, schalle der Schladtruf der gesamten Arbeiterschaft durch alle Lande:

Durch Kampf zum Sieg!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

Letzte Nachrichten.

Der Block gescheitert.

Offenburg, 8. Febr. Auf der gestern hier stattgefundenen demokratischen Landes-Vertrauensmännerversammlung wurde folgende, vom Abg. Muser vorgeschlagene Resolution angenommen:

„Die Vertrauensmännerversammlung muß die Tatsache konstatieren und mit ihr als mit einem unabänderlichen Faktum rechnen, an dem die Demokraten nicht die geringste Schuld trifft, daß der Versuch, zwischen der nationalliberalen und freisinnigen Partei einen Block in dem seitherigen Sinne, d. h. der politischen Koalition und Korporation zu bilden, gescheitert ist. Die Versammlung ist der Ansicht, daß dieses Scheitern des Blocks nicht notwendigerweise eine Bekämpfung der seitherigen Blockparteien zur Folge haben muß. Es soll deshalb der Versuch gemacht werden, das, was in einheitlicher Weise für das ganze Land nicht zu erreichen war, wenigstens für die einzelnen Wahlkreise zu ermöglichen. Die Versammlung ersucht deshalb die Leitung der demokratischen Partei, alsbald die Verhandlungen zu dem gedachten Zwecke mit den Parteileitungen der Blockparteien aufzunehmen und nach Kräften zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen zu versuchen. In den Wahlkreisen, in denen eine solche Lösung der Frage nicht möglich sein sollte, soll eine Verständigung dann wenigstens für die eventuellen Stichwahlen in Aussicht genommen werden. Die Versammlung spricht schließlich die Erwartung aus, daß auf allen Seiten das aufrichtige Bestreben besteht, in den Wahlkreisen, in welchen trotz aller Einigungsversuche ein Zusammengehen der seitherigen Blockparteien im ersten Wahlgang nicht zu erzielen ist, und es deswegen zu einem Wahlkampf kommen muß, jede verlebende Leidenschaft zu vermeiden und die Brücken für eine Verständigung für den 2. Wahlgang nicht abbrechen.“

Die freisinnigen

haben die Vorschläge der Nationalliberalen akzeptiert, aber nur unter der Voraussetzung, daß der Bezirk Lörrach-Land aus dem Blockabkommen ausscheidet.

Wahlrechtsdemonstrationen in Elsaß-Lothringen.

W. Straßburg, 7. Febr., 9 Uhr abends. In den größeren Städten des Landes sind heute Nachmittag zugunsten des allgemeinen Wahlrechts für den Landesauschluß von der sozialdemokratischen Partei Demonstrationen in größerem Stil veranstaltet worden. Die Demonstration in Straßburg nahm einen in jeder Beziehung würdigen Verlauf. In einer unter freiem Himmel im Zentrum der Stadt veranstalteten Versammlung hielt Gen. Reichstagsabgeordneter Böhle eine kurze Ansprache. Dann wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der mit Entschiedenheit die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Grund des Proportionalwahlsystems gefordert wird. Die Resolution richtet sich an den deutschen Reichstag, nicht — wie in den bisherigen Veranstaltungen — an den Landesauschluß. Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer in endlosem, geschlossenen Zug durch die Hauptstraßen der Innenstadt. Die Disziplin und die Ruhe waren musterhaft. Das ungewohnte Bild erregte lebhaftes Aufsehen. An Polizeiformen sah man nicht mehr als sonst auf der Straße. Dagegen waren sehr viele Geheimpolitisten unterwegs, die zum Teil per Rad den Umzug begleiteten. — Aus dem Lande liegen bisher Nachrichten noch nicht vor.

(Weitere Telegramme auf Seite 7.)

Spiegelchen mit
 Korplatte
 Schriftst.

Spiegelchen mit
 Korplatte
 Schriftst.

Umbau,

u. M 50.
 M 95.
 u. M 65.
 u. M 65.
 u. M 50. — an
 M 105. —

II III
 32. — 38. —
 M 7.50
 M 13.20
 M 14. — an
 M 24. —
 M 32. —
 M 3.20 an
 M 7.50 an
 eiserne
 M 45. — an

rahmen 70
 ebenfalls um
 M 16.
 an.

Autleute,
 Angebot
 Möbel bis

aus

gehändigt
 isters.

Deutsche Politik.

Die Militärkamarilla arbeitet weiter gegen Bülow. Und zwar wird der neueste Vorstoß in der Militär-Politischen Korrespondenz unternommen. Es wird dort, angeblich gestützt auf Angaben eines hohen bayerischen Staatsmannes, folgendes erzählt:

Der Berliner Besuch aller deutschen Bundesfürsten oder ihrer Vertreter und der Bürgermeister der freien Städte zum Kaisergeburtstage ist auf eine Münchener Anregung zurückzuführen und soll in seinem Charakter zielbewußte monarchische Demonstration zunächst gewisse Bedenken an Berliner amtlicher Stelle ausgelöst und einigen Widerstand, mindestens recht laues Entgegenkommen gefunden haben. Eine indirekte Bestätigung dieser Darstellung würde in der verhältnismäßigen Rühle zu finden sein, die nach Ansicht weiter dynastischer Kreise seitens der offiziellen und aus der Wilhelmstraße inspirierten Presse der einzigartigen Tatsache gegenüber zur Schau getragen worden ist, daß zum erstenmale wieder seit dem 1. Geburtstage Wilhelms II. als Kaiser jeder Bundesstaat durch sein Oberhaupt oder einen hohen Agnaten der Krone vertreten war. Sogar die „Nordb. Allgemeine Zeitung“ hat, wie beanstandet wird, für diese hochherzliche Erscheinung nur wenige Zeilen in ihrer Wochenrundschau übrig gelassen, was die schon früher immerhin kritischen Empfindungen einzelner, besonders süddeutscher Fürstlichkeiten dem Reichskanzler gegenüber nicht gerade gemildert haben sollte.

Es ist darum erklärlich, wenn die Möglichkeit des Rücktritts des Fürsten von Bülow bald nach dem englischen Königbesuch, stärker als vor dem 27. Januar betont wird und, wohl ein Ausfluß der aus Berlin heimgebrachten Stimmung, man in einzelnen Chef-Amtsstuben südlich der Mainlinie erzählt, es habe sogar über die Nachfolge des vierten Kanzlers bereits eine befriedigende Verständigung stattgefunden, die „sicherlich auch die allgemeinste Zustimmung im Volke finden würde“.

Blodblätter dagegen, wie z. B. die „Magdeburgerische Zeitung“, wissen zu melden, der Kanzler erfreue sich des andauernden Vertrauens des Kaisers. Er sei namentlich mit der ruhigen und geschickten Leitung der auswärtigen Politik sehr zufrieden. Dieser Anschauung des Kaisers hätten sich die deutschen Bundesfürsten, die sich zum 27. Januar in Berlin versammelt hatten, angeschlossen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beanstandete die Wahl des Abgeordneten Strube (frei. Vereinigung), wegen amtlicher Wahlbeeinflussung. Ebenso wurde die Wahl des Abgeordneten Winterfeld-Merkin (konservativ) in Prenzlau-Angermünde beanstandet, weil auf Verfügung des Prenzlauer Landrats, von Malkahn, die sogenannten Saisonarbeiter grundsätzlich von der Aufnahme in die Wählerliste ausgeschlossen wurden. Eine Reklamation beim Regierungspräsidenten hatte zwar die Desavouierung des landrätlichen Erlasses zur Folge, aber eine Berichtigung der Wählerliste wurde von ihm abgelehnt. — Die Kommission beschloß, durch amtliche Erhebungen die in Frage kommende Zahl der vom Wahlrecht ausgeschlossenen Wanderarbeiter feststellen zu lassen, um dann zu prüfen, ob die Mehrheit (2651 Stimmen) dadurch geändert werde.

Badische Politik.

Die Kabinettsfrage.

hat Obkircher in Sachen der Kandidatur von Dr. v. D. in Aussicht gestellt. So behauptet der Karlsruher Korrespondent der „Frankf. Zeitung“ und es stimmt. Die „Bad. Landeszeitung“ aber behauptet fast das Gegenteil. Für die Beurteilung des Politikers Obkircher ist die Nachricht der „Frankf. Zeitung“ von nicht geringem Interesse. Ein Mann, der aus reinem persönlichen Ehrgeiz ein solches Durcheinander herbeiführt und in der schwierigsten Situation, die seiner Partei je beschieden war, die Partei zwingt, seinem Ehrgeiz solche Opfer zu bringen, taugt zu allem eher, als zum Parteiführer. Wenn Obkircher schon eines feineswegs sichern Mandats wegen solche Trümpfe aus-

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

33

(Fortsetzung.)

Dierzehntes Kapitel.

Fröhlich wie Kinder aus der Schule eilten Oswald und Melitta aus dem Hause durch die grünen Laubgänge des Gartens nach der Pforte, die aus diesem heraus auf die Wiese führte. Hinter der allmählich aufsteigenden Wiese ragte der Wald. Gleich neben der Pforte und ein Stück am Garten hin lag ein halb verpumpter, hie und da am Rande mit Weiden besetzter Teich, da sich das Wasser des Waldbaches an dieser tiefer gelegenen Stelle abermals staute, um dann an dem Guts- hof vorüber und hernach durch das Dorf lustig hinabzu- plätschern. Auch die Wiese war schon zum Teil verpumpt, mochte auch wohl im Frühjahr ganz unter Wasser stehen; jetzt deuteten große Steine als rohe Brücken über gar zu nasse Stellen.

Der Weg ist für Stadtherren ein wenig sehr läudlich, nicht wahr, Herr Doktor? sagte Melitta, leicht wie eine Gasse von Stein zu Stein hüpfend; wir Naturkinder freilich sind an dergleichen gewöhnt. Ich hätte Sie auch den längeren Weg durch den Park und den Wald führen können; aber Sie müssen Verloren auch von seiner Schattenseite kennen lernen. Nun wahrlich, gnädige Frau, wenn dies eine Schattenseite von Verloren ist, so verlangt mich nicht nach den Sonnenseiten, sagte Oswald lächelnd, indem er auf einem der Blöcke stehen blieb und seinen Hut abnahm, um sich den Schweiß von der Stirne zu wischen; denn die Luft war schwül, der blaue Schatten war vorübergezogen, die am Rande des Holzes stehende Sonne schob glühende Strahlen und sie waren schnell gegangen.

Schon müde? sagte Melitta, ebenfalls stehen bleibend und sich den Hut abnehmend, um ihr reiches, braunes Haar nach hinten zu schütteln; kommen Sie, je schneller wir laufen, desto früher kommen wir in den schattigen Wald. Ich zähle eins, zwei, drei — und wer zuerst ankommt — Nun?

spielt, wessen hätte man sich bei einem solchen Politiker zu versehen, wenn sein Ehrgeiz noch nach höherem strebt?

Di: Nationalsozialen

haben nunmehr auch im Bezirk Heidelberg-Land einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Es ist der Kaufmann Stephan in Leimen. Wie man hört, beabsichtigen die Nationalsozialen auch noch in einigen anderen Bezirken Kandidaten aufzustellen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Febr.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. — Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Dr. v. Bethmann-Hollweg.

Auf dem Platz des Präsidenten liegt aus Anlaß der 200. Sitzung ein prächtiger Strauß aus Fledern und Rosen, für den der Präsident den Schriftführern bei Eröffnung dankt. Er weist darauf hin, daß der Reichstag im verfloßenen Jahre fleißige Arbeit geleistet habe. Seit dem 13. Februar 1908 fanden 100 Sitzungen statt. Wenn man von einem Verdienst sprechen könne, so sei es das, daß alle die nicht immer ganz leichte Arbeit gern zum Segen des Vaterlandes täten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern.

Abg. Braun (d. Resp.): Mit Genehmigung erfüllt es uns, daß in letzter Zeit auch für den Mittelstand durch die Einführung des kleinen Befähigungsnachweises etwas geschehen ist. Wir sind gegen die Konzeptionspflicht für den Flaschenbierhandel, durch den nur die kleinsten Geschäftsleute getroffen werden und der Schnapskonsum gefördert wird. Erhebungen über den Umfang von Wirtshäusern, die sich aus der Verbindung von Abonnementversicherungen und Zeitungen ergeben, sind uns erwünscht.

Abg. Becker (Zentr.): Mit der geplanten Halbierung der Beiträge und dem Stimmrecht zu den Krankenkassen sind die Gewerkschaften nicht einverstanden. Auch die Vertreter der Arbeitgeber haben sich dagegen ausgesprochen. Ich empfehle meine Resolution zur Annahme, eine Novelle zum Zolltarifgesetz vorzulegen, nach der den Inhabern von reinen Walzwerken, Eis- und Stahlgießereien, Martinstahlwerken und Puddelwerken bei der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse Einfuhrzölle zum gollfreien Bezug des Einsatzmaterials für ihre Auslandsproduktion verziehen werden können.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Der Notlage der Walzwerke muß abgeholfen werden. Bei gollfreier Einfuhr wird das Roheisen von vornherein auszuscheiden sein. Die drei aufgelassenen Roheisenhütten werden sobald nicht wieder aufleben. Anders liegt die Sache beim Holzleg in der Stahlwerksindustrie. Die Kohlenwerke müssen sich entschließen, die Preise herabzusetzen, um den Absatz im Inland zu erleichtern. Zum 1. April sind Arbeiterentlassungen in Aussicht genommen und große Lager sammeln sich an. Durch Aufheben der Eisengölle würde die Eisenindustrie schwer geschädigt werden. Ein Reichsbirgengesetz würde den einzelnen Staaten wichtige Hoheitsrechte nehmen. Die Annahme der Resolution Becker wäre ein bedenklicher politischer Fehler.

Abg. Strefemann (natl.): Ich hoffe, daß die deutsche Industrie sich auf der Brüsseler Weltausstellung neue Absatzgebiete erwerben wird. Wir sollten aber selbst an eine Weltausstellung in Berlin denken. Ein Handelsabkommen mit Kanada wäre erwünscht. Eine wirtschaftliche Isolierung wäre ebenfalls so bedenklich, wie eine politische. Die Annahme der Resolution Becker ist bedenklich. Wir wünschen aber eine Denkschrift über die Lage der reinen Walzwerke, der Eis- und Stahlgießereien, der Martinstahlwerke und der Puddelwerke, sowie die möglichen Staatsmaßnahmen zu ihrer gedeihlichen Entwicklung.

Abg. Subel (Soz.): Die Rede des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus hat uns nicht aufgeregt, denn eine Partei wie die unsrige, die viele Jahre lang unter einem Ausnahmegesetz gekämpft hat und unter einem Ausnahmerecht noch jetzt steht, ist auf alles vorbereitet. Aber wir konnten doch nicht wissen, daß der Reichskanzler im Abgeordnetenhaus Märchen erzählt hat. Die Angriffe gegen die Krankenkassen haben sich als hallos erwiesen. Gleichwohl kündigt der Staatssekretär an, daß den Krankenkassen auch noch der letzte Rest ihrer Selbstverwaltung genom-

men werden soll. Die Arbeiter sollen nicht als gleichberechtigt mit den Arbeitgebern behandelt werden. Redner polemisiert dann gegen den Abg. Mugdan, der als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten sei. Der Arbeiterschutz werde auch in Amerika nächstens durchgeführt werden, aber in vielen Beziehungen hätten es die amerikanischen Arbeiter besser, als die deutschen. Sie haben die Beihilfefreiheit, die freie ärztliche Behandlung und wenn erst die Krisis überwunden sein wird, dann werden sich auch die amerikanischen Arbeiter nicht wie die unfrigen von Kartoffeln und Fleisch, sondern von Fleisch und Kartoffeln ernähren. Das ist der ganze Unterschied. Redner erörtert dann die Verhältnisse der Steinbrucharbeiter. Die Arbeiter bedürfen dringend größerer Schutzes und der Staatssekretär täte gut daran, mit dem Erlaß von Schutzvorschriften nicht erst zu warten, bis hunderte von Arbeitern an ihrer Gesundheit elend zugrunde gegangen sind. Redner verbeißt sich des längeren über die Bleiweißvergiftung. Die Verwendung des Bleiweiß muß verboten werden. Es muß bestimmt werden: Bleiweiß darf in keinem Betrieb mehr verwendet werden. (Geisterheil.) Dann kommt der Redner auf das Reichsvereinsgesetz zu sprechen und kritisiert eingehend den Sprachenparagrafen und seine Auslegung durch die sächsische Regierung. Der Redner geht dann auf die Rede des Abg. Carlens ein, der den Arbeitern vorschlagen will, was sie mit ihrem Lohn anfangen sollten.

Abg. Carlens (freif. Volksp.): Meine Arbeiter können sich über schlechte Behandlung nicht beklagen. Seit der Entfernung der Sozialdemokraten aus meinem Betriebe herrscht dort Ruhe und Zufriedenheit. Die Konzeptionspflicht des Flaschenbierhandels bekämpfe ich. Der Resolution der Sozialdemokraten, betreffend die Glashüttenverhältnisse, stehe ich im allgemeinen sympathisch gegenüber.

Weiterberatung Montag 2 Uhr.

Aus der Partei.

Der Jahreskongreß der englischen Arbeiterpartei.

ac. Die Verhandlungen in Portsmouth sind vorüber, ohne daß sich die Hoffnungen der Gegner auf eine Spaltung erfüllt hätten. Die Debatten über die Politik und die Taktik der Partei sind ruhiger verlaufen, als allgemein erwartet wurde. Bernhard Shaw hatte vor dem Kongreß Großes verprochen, als er schließlich gegeben hat. Er erklärte, daß er der Partei durchaus nicht ein sozialistisches Programm zumuten wolle, sondern es müßten dem jetzigen Programm nur einige Forderungen beigegeben werden, die keine andere Partei vertritt. Er nannte aber diese Forderungen nicht, sondern er wollte diese in einer Versammlung, die er zu diesem Zwecke gang für sich haben würde, vertreten. Unter allgemeinem Gelächter mußte Bernhard Shaw abtreten. Nicht mehr Glück hatte Ben Tull, der ein Pamphlet verbreiten ließ mit der Aufschrift: „Hat die parlamentarische Arbeiterpartei einen Zweck?“ In dem Flugblatt, das sehr heftige persönliche Angriffe gegen die Führer der Arbeiterpartei enthält, wird gefordert, daß die Partei nicht mit anderen Parteien zusammen auf der gleichen Plattform erscheine, durch die Temperenz- und die Freihandelsbewegung werde nichts erreicht, die besten Männer und die besten Kräfte der Partei unnütz verbraucht. Shaleton antwortete in sehr erregtem Tone: Ein Mann, der solchen Unsinn treibe, sei nicht wert, „Kamerad“ (Genosse) genannt zu werden. Ben Tillets Resolution wurde mit 783 gegen 133 Stimmen verworfen. So wurden alle die Bewegung einschneidenden Resolutionen abgelehnt. Es bleibt auch in Zukunft den Genossen überlassen, in bestimmten Fragen mit anderen Parteien zusammenzugehen, wie das z. B. zutrifft bei der Bewegung für den Freihandel oder dem internationalen Frieden usw. Um diese Beschlüsse zu verstehen, muß man sich die englischen Parteiverhältnisse vergegenwärtigen, muß man vor allem in Erinnerung behalten, daß der englische Liberalismus denn doch noch etwas anderes ist, als der deutsche. Zurzeit wenigstens scheint uns für die englische Arbeiterpartei noch keine Ursache vorzuliegen, es zu einer absoluten und endgültigen Scheidung mit den Liberalen in dem Sinne zu treiben, daß jedes Zusammengehen zur Erreichung bestimmter gemeinsamer Ziele ausgeschlossen wäre.

Ein gut Teil der Verhandlungen erstreckte sich auf die Schulfrage. Es wurde die Aufhebung der Halbtagsschulen,

Wie stark Sie sind, sagte sie jetzt, bewundernd zu ihm aufschauend.

Oswalds Herz hämmerte und seine Brust wogte, mehr vor innerer Erregung, als infolge der Anstrengung. Er fühlte noch immer die elastischen Glieder, die er in seine Arme gepreßt, das weiche Haar, das sein Gesicht umspielte, den süßen Atem, der seine Stirne umwehte hatte.

Unter solchen Umständen wäre es eine Kunst, nicht stark zu sein, antwortete er.

Aber angegriffen hat es Sie doch, gestehen Sie es mir. Kommen Sie und setzen Sie sich zu mir; auf diesem Moos- soppa ist Platz für mehr als zwei.

Oswald ließ sich neben Melitta, die sich an den Stamm der Buche lehnte, in das weiche Moos sinken, stützte den Kopf auf den Arm und schaute sinnend empor in ihr heiteres Antlitz. — Nahte sich der Traum am Sumpfesrand der Erfüllung? Wird sich das liebe, holde Gesicht zu ihm niederbeugen und ihn küssen, wie die Traumgestalt? Oder ist dies wieder ein Traum? ... Es überkam Oswald das wunderliche Gefühl, als habe er dies alles schon einmal erlebt; als kenne er diesen Platz: hier den dunklen Hodywald, aus dem das Klopfen eines Specktes ertönte — vor ihm die Wiese, über deren langes Gras rote Abendlichter wogten. — Draußen den stillen Garten, aus dessen grünem Revier Melitta's graues Schloß hervorragte — seit vielen, vielen Jahren; — als habe er Melitta selbst in seinem früheren Leben oft gesehen, als Knabe schon, wenn er sich recht tief in ein schönes, lauschiges Märchen hineingelesen hatte, so daß zuletzt die holde Prinzessin sichtlich leibhaftig vor ihm stand ... und auch Melitta mußte Wohlwollen empfinden, denn vollkommen unbefangene, als wäre er ihr Bruder oder Gatte, nahm sie ihm den Hut vom Haupt und drückte ihm ihr feines, duftendes Taschentuch wiederholt auf die perlende Stirn und die blauen, träumerischen Augen.

Oswald ergriff die liebe Hand und preßte sie an seine Lippen.

Die Hand muß ich Ihnen freilich lassen, sagte er; aber das Tuch kann ich Ihnen wahrlich nicht wiedergeben.

(Fortsetzung folgt.)

gleichberechtigt... er polemisiert... der Regierung... werbe auch in... vielen Bezie... besser, als die... freie ärztliche... den sein wird... nicht wie die... von Fleisch und... (Schied. Redner... Arbeiter. Die... d der Staats... hufvorschriften... an ihrer Ge... verbreitet sich... Verwendung... bestimmt wer... werden. Gleich... schiedenspar... Regierung. Der... ens ein, der... dem Sohn an... ter können sich... Entfernung... dort Nähe... fischdenber... ialdemokraten... m allgemeinen

Arbeiterpartei.

ind vorüber... eine Spaltung... die Taktik... ein erwartet... großeres... erklärte, daß... Programm zu... Programm nur... andere Partei... ist, sondern er... diesem Zweck... gemeinam Ge... mehr Glück... lieh mit der... erpartei einen... persönliche An... ählt, wird ge... den zusammen... die Temperenz... ist, die besten... ch verbraucht... Ein Mann, ... ab" (Genosse)... erde mit 783... die Bewegung... auch in Zu... mit an... 3. zutrifft bei... internationalen... muß man sich... muß man... die liberale... eutsche. Zur... Arbeiterpartei... iten und end... ne zu treiben... mter gemein...

sich auf die... ltagsschulen... zu ihm auf...

gte, mehr vor... er fühlte noch... arme gepreßt... süßen Atem...

nicht hat zu... Sie es nur... diesem Moos...

den Stamm... te den Kopf... teres Antlitz... Erfüllung?... igen und ihn... ein Trauer?... als habe er... Platz: hier... mes Speckes... s Gras rote... n, aus dessen... te - seit... in seinem... wenn er sich... hineingelesen... ch leibhaftig... ches empfin... Bruder oder... ade ihm ihr... elende Stirn

ste an seine... te er; aber... en.

die Ausdehnung der Schulpflicht bis zu 16 Jahren, die Errichtung von Waldschulen und Schulkliniken gefordert. Bei der Erörterung über die Halbtagschule erklärte Schalleton, in seinem und im Namen seiner Kollegen vom Textilarbeiterverband, daß sie persönlich für diese Forderung seien. Bedauerlicherweise aber hätten die Mitglieder, durch Urabstimmung befragt, sich für die Beibehaltung der Halbtagschulen ausgesprochen. Er forderte alle Führer der Partei und Gewerkschaften auf, ihnen zu helfen, die Arbeiterchaft von Lancashire aufzuklären. Bernhard Shaw bemerkte hierzu: Wir müssen diesen Leuten klar machen, daß der Kapitalismus sie daran gewöhnt hat, ihm ihre Kinder zu verkaufen. Die Resolution gelangte sodann mit 724 gegen 309 Stimmen zur Annahme. Ebenso wurde eine Resolution, welche die Verweltlichung der Schulen fordert, mit 739 gegen 234 Stimmen angenommen. Sie war vom Genossen Quetch von der Sozialdemokratischen Föderation eingebracht, sie wurde, wie üblich, von Sexton und Grady, beides Katholiken, bekämpft. Sie erhielten unerwartete Unterstützung von dem unberechenbaren Shaw, der sich scharf gegen diesen „anti-Kerikalen“ Antrag wandte. Solange man von den Kindern gutes, sittliches Verhalten fordere, müsse man auch Gründe hierfür anführen, und diese müßten religiöser Natur oder metaphysische sein. Nachdem noch eine Reihe Beschlüsse der immer wiederkehrenden Resolutionen bezüglich des Wahlrechts, des Achtstundentags und andere mehr angenommen waren, erfolgte Schluß des Kongresses.

Als Sekretär wurde Macdonald und als Vorsitzender Raiz Gardie gewählt. Der nächste Kongreß wird in New-Port abgehalten.

Obgleich die englische Arbeiterpartei eine rein sozialistische nicht ist, auch ein sozialistisches Programm nicht besitzt, so ist doch unverkennbar, daß sie dem Sozialismus zustrebt. Mit größerer Entschiedenheit denn je ist die vollständige Unabhängigkeit der Partei von allen anderen Parteien betont worden. Die fortschreitende kapitalistische Entwicklung drängt auch der englischen Arbeiterklasse immer mehr die Ueberzeugung auf, daß die endgültige Befreiung der Lohnarbeiter nur durch den Sozialismus herbeigeführt werden kann. Wohl läßt sich ein Aufstieg der Arbeiterklasse in den letzten 50 Jahren, eine Verbesserung ihrer Lebenslage, nicht bestreiten. Auf der andern Seite sieht aber zahlmäßig fest, daß der Reichtum einer kleinen privilegierten Klasse in noch viel höherem Maße wächst. Und jede wirtschaftliche Krisis trifft zuallererst und am härtesten wiederum die Arbeiterklasse. Hat sich doch nach den Ermittlungen des englischen Arbeitsamts, die von der englischen Arbeiterklasse vereinnahmte Lohnrate in den letzten Jahren um 26 Millionen Mark jährlich verringert, während sich das Einkommen an Renten, Zinsen, Dividenden usw. trotz der Krisis immer noch um 294 Millionen Mark erhöht hat. Diesen wirtschaftlichen Erscheinungen gegenüber, die die Arbeiterpartei mehr und mehr in den Bereich ihres Studiums und ihrer Erörterungen zieht, reicht der alte Trade-Unionismus, seine Gedankenreihe und Ziele nicht mehr aus. Die Schlußfolgerungen aus den obigen Erscheinungsummen müssen vielmehr zum Sozialismus führen und man kann schon jetzt behaupten, daß die Partei in grundsätzlichem Gegensatz zu der gegenwärtigen ökonomischen Struktur steht.

Zur Beerbigung der Witwe Liebnechts tragen wir nach, daß Gen. Dr. Karl Liebnecht von der Festungscommandantur beurlaubt worden war und an der Beerbigung seiner Mutter teilnahm.

Das finanzielle Ergebnis des Nürnberger Parteitags gestaltet sich nach der vorläufigen Abrechnung folgendermaßen: Einnahmen aus Eintrittsgeldern 7840,45 Mk., sonstige Einnahmen 917,20 Mk., Summa 8757,65 Mk., Ausgaben: Lokal-mieten, Beleuchtung, Reinigung 2788,04 Mk., Dekoration, Musik, projektiertes Feuerwerk, Theater 3673,27 Mk., Materialien 2587,18 Mk., persönliche Dienstleistungen 890,06 Mk., Verschickenes 397,04 Mk., Summa der Ausgaben 10 275,58 Mk., mithin Mehrausgabe 1517,93 Mk.

Die Kandidatur Adolf Geck im Landtagwahlkreis Pforzheim-Süd.

In einer Versammlung des Sozialdem. Vereins am Samstag Abend wurde Genosse Adolf Geck nahezu einstimmig als Kandidat in seinem jetzigen Wahlkreis Pforzheim II (Süd) wieder aufgestellt. Im Wahlkreis Pforzheim I (Nord) wurde der Genosse Richard Sorter-Mannheim nominiert. Die Tatsache der Wieder-aufstellung Gecks macht dem in unheilvoller Weise graufierenden Verbrechen von einer Abjagung des jetzigen Vertreters von Pforzheim II erfreulicherweise ein Ende. Die heillose Verwirrung, welche in den letzten drei Wochen in der Parteigenossenschaft in Pforzheim angerichtet war, die eine angesichts des bevorstehenden folgenreicheren Wahlkampfes doppelt bedauerliche Uneinigkeit in Pforzheim zur Folge hätte haben können, ist nun behoben. Das Wahlkomitee hat eine sachliche Darstellung seiner bisherigen Maßnahmen gegeben und damit die Situation für jeden Einsichtigen völlig geklärt. Zurück blieb nur der schale Bodenbesatz der unverantwortlichen Vrietradsfäerei, die anoh mit dem ersten alarmierenden „Vorwärts“-Artikel und die von allen Seiten eine wohlverdiente Beurteilung erfuhr.

Es trat klar zutage, daß das Wahlkomitee nie daran gedacht hatte, Geck „abzusagen“, sondern im Gegenteil bestrebt war, in einer freundschaftlichen Ansprache mit dem jetzigen Abgeordneten die etwa von irgend welcher Seite gegen eine Wiederkandidatur auftretenden Einwände aus dem Wege zu räumen. Wenn aber das sachliche Zuende-führen dieser dem Pflichtgefühl und der ernsten Erwägung des Wahlkomitees entsprungenen Maßnahmen durch unverantwortliches Eingreifen von außen erschwert und dadurch der unheilvolle Zwist in die Parteigenossenschaft hereinzutragen versucht wurde, so ist das nicht die Schuld des Wahlkomitees.

Wiesloch, 8. Febr. Eine gestern stattgefundene Vertrauens-männerversammlung stellte für den Wahlbezirk Wiesloch-Heidelberg den Genossen Krohn, Gauleiter der Maurer in Heidelberg, als Kandidaten auf.

Kommunalpolitik.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Die Stadtverordneten-versammlung zu Bernigerode bewilligte 8000 Mk. zur

Varunterstützung von Arbeitslosen. Der Kommission, die mit der Auszahlung der Unterstützung betraut wurde, sollen gegebenenfalls mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wehr, 7. Febr. Die vorgestrige Sitzung des hiesigen Bürgerausschusses, in der der Gemeindevoranschlag zur Beratung stand, ist recht lebhaft verlaufen. Der Voranschlag wurde schließlich mit großem Stimmenmehr zurückgewiesen. Infolgedessen hat die Mehrzahl unserer Gemeinderäte den Rücktritt erklärt.

Mannheim, 6. Febr. Eine nette Submissions-bilüte bei der gestern erfolgten Eröffnung der Submissions-angebote für Malerarbeiten in der Gewerbeschule ergab folgendes Resultat: Für das Anstreichen von 25 Schränken waren vier Angebote eingegangen: Das Höchstangebot lautete auf 438 Mk., das niedrigste auf — 192 Mk. (!). Bemerkenswert ist, daß dieses niederste Angebot von einer der bekanntesten Firmen im Malergewerbe herrührt, die sich bisher von dem Verdacht, Preisdrücker zu treiben, ferngehalten hat.

Gewerkschaftliches.

Aus Kobolzell schreibt man uns: Das Vorgehen der Firma Schieher hier bei der Verkürzung der Arbeitszeit ist ungeheuerlich und zwar deshalb, weil die Ankündigung derselben nicht vierzehn Tage vorher erfolgte, sondern kurzerhand von heute auf morgen befohlen wurde. Daß der Arbeiterchaft diese ungeheuerliche Handlung als solche nicht zum Bewußtsein kommt, ist lediglich eine Folge von Gefehesunken-nis einerseits und ungeheure Gleichgiltigkeit gegen alles, was die Arbeiterchaft berührt. Trotzdem das Gewerkschafts-kartell keine Urjache hätte, sich um die Arbeiter von Schieher zu kümmern, da dieselben die ausgestreckte Bruderhand stets ausgeschlagen, so beschloß man doch durch die Veröffentlichung der Arbeiterchaft allerorts auf das Vorgehen des Fabrikanten aufmerksam zu machen. Der Mann, dem feinerzeit von der Stadt in so weitgehendem Maße geholfen wurde, hätte schon aus Dankbarkeit zuerst die im Wädchenheim lohnernierten Italiener nach Hause befördern können, ehe den hiesigen Arbeitern der ohnehin karge Lohn noch geschmälert wird, dadurch, daß dieselben einen Tag in der Woche aussetzen müssen. Auch ist es unbegreiflich, daß kurz vor der Arbeitszeitreduzierung noch Leute eingestellt wurden, wenigstens hört man allgemein so erzählen. Die Arbeiter von Schieher aber mögen die nötige Lehre daraus ziehen und sich einer Organisation anschließen, die solchen Gehässen Einhalt gebietet. Der ganze Geschäftsbetrieb hier liegt zurzeit darnieder und jeden Winter müssen wir die Erfahrung machen, daß struppellos gegen die Arbeiterchaft vorgegangen wurde. So entließ der Vorstand des evangel. Arbeitervereins einen Arbeiter am fogen. heiligen Abend. Ein anderer versuchte zwei seiner Leute ohne Kündigung abzuschütteln und so geht es fort. Man bedenkt nicht, wie froh man in guter Zeit ist, einen ordentlichen Arbeiter zu haben. Aber wenn man nicht anders will, dann — Aug um Aug, Zahn um Zahn.

Badische Chronik.

Durlach.

Trotz der Krise ein gutes Geschäft erzielte die Maschin-fabrik Grigner A.-G. Die dem Aufsichtsrat vorgelegte Bilanz schließt für das Jahr 1908 mit einem Reingewinn von 747 629,39 Mk. (gegen 888 531,52 Mk. im Vorjahr) ab. Es soll der auf 5. April ds. Js. einberufenen Generalversammlung vorgelegt werden, 13 Prozent Dividende (im Vorjahr 15 Prozent) zu verteilen und 10 000 Mk. auf Interzessionskonto und 10 000 Mk. auf Konto für Wohlfahrtszwecke zu überweisen. Die Arbeiterchaft hat leider von dem guten Geschäft nichts gemerkt.

Ueber die Gewerbeordnungsnovelle und den Ausbau der Invalidenversicherung spricht am kommenden Donnerstag Abend 8 Uhr Genosse Willi aus Karlsruhe im Vammssaal. Zu dieser öffentlichen Protestversammlung laden wir die gesamte Arbeiterchaft von Durlach freundlichst ein. Parteigenossen und Gewerkschaftler, agitiert kräftig, damit der Protest ein wirksamer wird.

Bruchsal.

Sozialdem. Verein. Die am Samstag Abend in der „Neuen Sonne“ abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Die Neuwahlen wickelten sich rasch ab, da die jetzigen Funktionäre einstimmig wiedergewählt wurden. Der anschließende Vortrag des Genossen Marum-Karlsruhe, der rein sachlich und formvollendet aufgebaut war, fand reichen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt, dafür fehlte dieselbe desto kräftiger ein bei dem nachfolgenden Punkte: Stellung-nahme zum Parteitag. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Brand gewählt.

Rastatt.

Vom Verein gegen Haus- und Straßennetze wurden im Jahre 1908 an 3291 Personen Verpflegung (Suppe und Nacht-quartier) verabreicht. Im Vorjahre wurden 2268 Personen verpflegt, jedoch sich für das Jahr 1908 ein Mehr von 1023 ergibt. Dieses dokumentiert so richtig die herrschende Arbeits-lostigkeit und wird das Frühjahr 1909 jedenfalls noch höhere Zahlen aufweisen. Ist die Verpflegung auch minimal, so ist doch wenigstens für ein Nachtquartier und eine Suppe gesorgt. Da aber die wenigsten über Geldmittel verfügen und der Mensch von einer Suppe allein nicht leben kann, so sind diese Leute eben darauf angewiesen, zu betteln. Daß es die hiesige Polizei, viel-leicht durch einen Druck von oben, sehr genau nimmt, beweisen die vielen Verhaftungen wegen Bettels und Landstreicherei. Die Strafen sind meistens hohe, wegen Bettels 14 Tage und darüber, wegen Bettels und Landstreicherei 4 Wochen und Ueberweisung an ein Arbeitshaus. Wir behaupten, der größte Teil derjenigen, welche dem Arbeitshaus überwiesen werden, sind keine Land-streicher im Sinne des Wortes. Diese Leute haben oft keine Heimat. Arbeit können sie keine finden und sind infolgedessen auf die Landstraße angewiesen. Haben sie das Unglück, wegen Bettel ein paar mal bestraft zu werden, so sind sie dem Arbeitshaus verfallen. Durch die Behandlung dortselbst und den Ver-lehr mit minderwertigen Elementen werden diese Leute erst das, was man sie vorher nennt, nämlich „Landstreicher“. Wir leben eben in der „von Gott gewollten Weltordnung“. Statt Arbeit und Brot Arbeitshaus und Polizei.

Offenburg.

Die Wahlkloster zur Stadtverordnetenwahl ist geschla-gen. Was wir vor dem geschrieben, ist eingetroffen, nämlich, daß

sich der Wahlkampf auf die letzten Tage zuspitzen wird. Die Blockliste brachte es in der 3. Klasse durchschnittlich auf 573 Stimmen. Das Zentrum erhielt jetzt 582—590 Stimmen und vor 3 Jahren 555. Bemerkenswert ist für die „Zentrums-arbeiter“, daß diese von der schwarzen Wählerchaft die wenigsten Stimmen erhielten. Ein Arbeiter als Zentrums-kandidat erhielt nur 562 Stimmen. Ein anderer, sehr fanatischer Zentrumsarbeiter wurde durch die Streichungen seitens der Zentrumswähler nur für 3 Jahre gewählt. Die Zentrums-arbeiter sind als Stimmbieh gut genug, hingegen läßt man sie als Kandidaten von der eignen Partei durchrasseln. Auch auf unsrer Seite kamen einige Streichungen vor, die nur dem Gegner nützten. Die Streichungen zeigen zur Genüge, wie man damit der eignen Sache schadet. Zu unserm Siege fehlten nur jetzt 15 Stimmen, die man mit Leichtigkeit hätte aufbringen können. Auf sozialdemokratischer Seite wurde im allgemeinen gut abgestimmt; nur einige verärgerte Wähler vom Gefang-verein „Germania“ und ein paar sonstige Arbeiter, denen für die Gemeindevahlen noch jedes Verständnis fehlt, enthielten sich der Abstimmung. Auf der Blockseite war die Abstimmung weit flauer, trotz der wiederholten persönlichen Aufforderung, das Wahlrecht auszuüben. Anders lag es beim Zentrum, welches seinen letzten Wähler an die Urne brachte. Nicht weniger als 20 Schlepper waren den ganzen Tag über auf den Beinen. Das Zentrum hatte auf einen größeren Sieg gehofft, zog aber nach der Feststellung des Resultats verdußt von dannen. In der Eisenbahnwerkstätte war es bisher bei jeder Wahl üblich, den Arbeitern am Wahltag um 11 Uhr freizugeben, diesmal unterließ es auf Anordnung des Werkstättenvorstehers Gier, vielleicht ohne Wissen der Verwaltung. Herr Gier soll sich geäußert haben, wenn er den Arbeitern freigäbe, kämen diese teilweise betrunken in die Werkstätte. Sollte Herr Gier diese Meinung getan haben, so wäre dies eine schwere Ver-leidung, welche die Werkstättenarbeiter zum schärfsten Protest herausfordern müßte. Es sollen überhaupt sehr trübe Ver-hältnisse in der Werkstätte herrschen — doch davon ein ander-mal.

In der 2. Klasse siegte das Zentrum ebenfalls mit ge-ringer Mehrheit. Hier hatte es das Zentrum gut verstanden, den Hausbesitzern Rechnung zu tragen! Auf der Blockseite, ins-sondere von den Demokraten, ward so mancher waschechte Zentrumsmann als Demokrat angesehen; durch die Abstimmung wurde man eines besseren belehrt. Die „Offenburger Zeitung“ und ihre Waldmichelagitatoren waren immer sehr entrüstet, wenn man sagte, das Zentrum wolle eine einseitige Partei-herrschaft auf dem Rathause anstreben. Kann dies heute noch zugeeignet werden? Oder doch? Die Partei für Wahrheit, Freiheit und Rechtshül! bringt bekanntlich alles fertig. Macht es doch im Flugblatt die Sozialdemokraten für die hohen Um-lagen verantwortlich, indem es auf einen Hinweis der Spar-samkeit des Bürgerausschusses folgendes schrieb:

„Soll dies aber erreicht werden, so muß der infolge hier bestehenden Parteikonstellation große Einfluß einer ver-hältnismäßig kleinen Gruppe gebrochen werden, die es an An-regungen zu neuen Ausgaben das ganze Jahr hindurch nicht fehlen läßt, zumal ihre Anhänger zur Deckung neuer Aus-gaben nur wenig herangezogen werden können.“

Also die 12 Sozialdemokraten im Stadtparlament sind schuld an den hohen Umlagen! Eine demagogische perfide Ver-leumdung unsrer Partei! Und zugleich ein Amuttszeugnis für das Zentrum selbst, indem seine Bürgerausschussmitglieder jedenfalls bei den Beratungen die Schlafmütze über die Ohren ziehen! Eine Anfrage an die Fabrikanten des Flugblattes: „Zählt etwa der Arbeiter oder Sozialdemokrat nicht ebenfalls Umlagen von seinem Einkommen und Vermögen wie der Höchst-besteuerter?“ Wir sind der Meinung, daß der Arbeiter, dem man sein Einkommen auf Heller und Pfennig zur Steuer her-anzieht, mehr bezahlt als unsre reichen Leute, denen man ihr Einkommen nicht nachrechnen kann!

Bei der Wahl zur 1. Klasse ist das Zentrum auf einmal so nobel geworden, daß es bereits lauter Blockleute auf seine Liste nimmt neben einigen Zentrumsmännern. Doch ist alles nur Bauernfängerei, um dadurch vollends die Mehrheit — auch für die Stadtratswahlen — zu erlangen! Es muß eben auch dort Zentrum Trumpf werden!

Die Wahlen zeigten, daß das jetzige Wahlsystem ein un-gerechtes ist und einem Proportionalwahl-Ver-fahren Platz machen müßte. Es ist eine schreiende Unge-rechtigkeit, daß so große Minoritäten vollständig ausge-schaltet werden können von der Mitwirkung in den Gemeindevewal-tungen. Hoffentlich ziehen die Nationalliberalen auch ihre Lehre daraus? Daß die Arbeiter von dem schwarzen Regiment nichts zu erwarten haben, beweisen die Zentrums-Flugblätter. Die Herren werden immer bestrebt sein, nach unten zu sparen, in welcher Hinsicht sie sich bis jetzt sehr gut bewährten! Man darf nur an die Beratung des Arbeiterstatuts erinnern, wie sich die Herren vom Zentrum gegen die Einföhrung höherer Lohnsätze in das Statut sträubten.

Wir haben jetzt außer den zwei Stadträten Frißsche und Ronch nur noch 2 Stadtverordnete — Hansert und Haberer — im Bürgerausschuß sitzen. Genossen, lernt an diesem Wahl-kampf! Stärkt unsere Reihen, dann werden die Zentrumsbäume auch nicht in den Himmel wachsen! Müßt jetzt zum Kampf für die Landtagswahl, der voraussichtlich viel schärfer geführt werden wird. Der Kampf ist zu Ende! Es lebe der Kampf!

Der zum Tode verurteilte Raubmörder Philippsch, der vorigen Herbst beim Galswaldsee einen Kaufmann aus Köln ermordete, wurde vom Großherzog zu lebenslänglichem Zucht-haus begnadigt.

Freiburg.

Bürgerausschussung vom 5. Februar. Punkt 1: Die Satzungen werden dahin abgeändert, daß am Realgymnasium eine Lehrkraft mehr angestellt wird. Stadtb. Saal wünscht, daß der Schulunterricht nur vormittags erteilt wird, damit der Nachmittag für die Körperpflege frei ist. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß dieser Unterrichtsmethode viele Schwierigkeiten und Bedenken entgegenstehen. Die Vorlage wird einstimmig genehmigt.

Bei Punkt 2 wird ein Grundstückskauf an der Jähringer Landstraße genehmigt, um die Erstellung der Straßenbahn zu ermöglichen. Dann wird ein Erweiterungsbau an der Artil-lerieschießerne ebenfalls genehmigt. Nach unerhelllicher Debatte wird auch der Rückkauf eines Grundstücks von der katholischen Kirchengemeinde und der Ankauf von zwei Grundstücken im Vorort Jähringen genehmigt.

Alsdann werden die Rechnungsabschlüsse der Stadtkasse und Sparkasse verkündet. Bei der Abhör verschiedener Stadt-

rechnungen wird die Unterschlagung des Kassiers Löffel zunächst ausgeschieden. Eine Debatte schloß sich nicht an. Dann kam der Fall Löffel zur Sprache. Am 16. April 1908 entdeckte die Leitung des Elektrizitätswerks Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung Löffels. Löffel stürzte am 21. April, wobei angeblich sein Gewehr losging und fand dabei seinen Tod. Löffel hat rund 80 000 M. unterschlagen. Obmann Nau gibt die Details des Falles bekannt. Löffel hat jeweils gegen das Jahresende eingegangene Forderungen zwar in Ausgabe gestellt, aber nicht bezahlt. Nach dem Jahresabschluss unterließ er die Eintragungen der Einnahmen und brachte auf diese Art seinen Rechnungsabschluss in Ordnung; an den Quittungen fälschte er die Datums. Die Fälschungen seien so raffiniert durchgeführt, daß dieselben nur schwer entdeckt werden konnten. Löffel war vor seiner Anstellung als Kassier im städtischen Revisionsamt angestellt. Er kannte daher das bürokratische Schema der Revision und war es ihm ein Leichtes, die Revisoren hinter das Licht zu führen. Der Obmann gab aber selbst zu, daß Verfehlungen bei der Anstellung und bei der Revision vorgekommen seien. Löffel war früher Offizier, mußte seinen Abschied nehmen wegen finanzieller Schwierigkeiten.

Stadtv. Peitsh erklärte in der Debatte: Ich bin nicht der Meinung, daß die dem Löffel übergeordneten Beamten frei von Schuld sind. Die Revision war ungenügend und den Vorgesetzten war die Lebensweise Löffels bekannt. Es sei früher schon vorgekommen, daß dem Löffel der Gehalt gepfändet wurde. Genosse Engler kritisierte scharf die mangelhafte Revision. Das Bedenkliche sei, daß nach einem Schema revidiert werde. Man könne dem Bürgerauschuss nicht zumuten, daß er glaubt, auf dem Rathaus hätte niemand gewußt, daß Löffel auf großem Fuße lebte. Löffel wurde sogar gewarnt. Löffel hat als früherer Offizier Eingang in Gesellschaftskreise gehabt, welche im Einkommen höher standen als er und um ebenfalls „standesgemäß“ leben zu können, habe er die Unterschlagungen begangen. Bezugnehmend auf die Grundstückspekulationen von Löffel wolle er darauf hinweisen, daß auch andere höhere städtische Beamte dieses Gewerbe treiben und sei das ein schlimmer Zustand. Der Stadtverwalter sei dringend zu empfehlen, dem Rechnungsrat Walzer (städtischer Revisor) in seiner ganzen Geschäftsführung etwas mehr auf die Finger zu sehen.

Auch die Unterschlagungen bei Auer zeigten, daß es dort der nächste Vorgesetzte an einer präzisen Geschäftsführung fehlen ließ. Die Stadtverordneten Niklas, Köttling, und Merkel sprechen sich im gleichen Sinne aus und sind der Meinung, man solle untersuchen, ob nicht gewisse Beamte regreppflichtig zu machen seien. Stadtv. Ruf stellte fest, daß man dem Löffel auf Grund seines Offizierspatentes zuviel Vertrauen geschenkt habe. Die beiden Nebenbeamten, welche ihn kontrollieren sollten, seien Militärattachés gewesen, welche vor Löffel stillstanden und ihn für ein höheres Wesen hielten. Daher kam es, daß diese auch nichts entdeckten. Die militärische Gefinnung, die Hyperachtung vor dem Offiziersgrad, hat uns einen bösen Streich gespielt. Herr Ruf hatte als Mitglied des Stadtverordnetenvorstandes Einblick in die ganze Sache und machte manche Mitteilung, welche der offizielle Bericht verschweigt. Stadtv. Manol gibt einige ihm bekannt gewordene Fälle an, welche darauf hinweisen, daß gewisse Vorfälle den Vorgesetzten und Nebenbeamten bekannt waren und diese zum Einschreiten hätte veranlassen sollen. Die Debatte drehte sich im weiteren darum, ob man die Revisionsbeamten regreppflichtig machen soll oder nicht. Eine Reihe diesbezüglicher Anträge sind gestellt. Schließlich einigen sich Stadtv. und Stadtverordnete auf Einsetzung einer gemischten Kommission, bestehend aus 7 Stadtverordneten, Oberbürgermeister, 2 Stadträten, dem Obmann und dessen Stellvertreter. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Von unserer Partei ist Gen. Grumbach in die Kommission delegiert.

Oberbürgermeister Winterer führte im Schlusswort aus: Der Stadtrat habe diese Sache als ein schweres Unglück empfunden. Der Vorwurf, man hätte den Löffel nicht nehmen sollen, hätte eine gewisse Berechtigung, wenn man aber alle diejenigen, welche einen Jugendstreich auf dem Kirchhof haben, von Stellungen ausschließe, so sei das auch eine Härte. Er verteidigte dann die einzelnen Beamten gegen gemachte Angriffe. Den Eindruck, daß Verfehlungen, und zwar große, vorgekommen sind, konnte der Vorsitzende nicht verwischen.

Mit dieser Sache war die Tagesordnung erledigt. Sechs Sitzungen waren notwendig, um die 17 Vorlagen zu erledigen. Die Stadträtleichen Vorlagen erfuhren eine scharfe Kritik. Eine Vorlage wurde verlesen, zwei Vorlagen abgelehnt. Die Schulvorlage wurde wesentlich abgeändert. Heute ging es rasch, man wollte fertig werden. Die Debatte über den „Fall Löffel“ war bei aller Schärfe sachlich und ernst. Vernünftigerweise hat sich der Stadtrat dem Antrag der Stadtverordneten angeschlossen. Die Bürgerschaft hat das Recht, strengste Untersuchung zu fordern und diese Aufgabe hat die gemischte Kommission zu erfüllen.

— **Stadttheater.** Dienstag, 9. Febr. Zum letztenmale: „Aida“, Oper in 4 Akten von G. Verdi. — Mittwoch, 10. Febr.: „Die rote Aube“, Schauspiel in 4 Akten von Eugene Brieux. — Donnerstag, 11. Febr. Zum erstenmale: „Mauserei“, Lustspiel in 5 Akten von Emil Götts.

— **Die Modelle und Pläne des neuen Kollegienhauses** sind vom nächsten Montag ab in der Universitätsaula Vertoldstr. 17, 1. Stock, auf die Dauer von 6 Tagen in der Zeit von 4—5 Uhr nachmittags zur Besichtigung ausgestellt. Jedermann hat freien Zutritt.

— **Fremdenfrequenz.** Im ersten Monat des neuen Jahres 1909 besuchten 5080 Personen unsere Stadt.

— **Die Eröffnung der Ausstellung der Gasföh- und Gasbadapparate** fand am 7. Februar im Kaufhausjaal statt. Von 3 Uhr nachmittags ist dieselbe unentgeltlich für jedermann geöffnet.

— **Unfall.** In einer Schreinerei der Engelbergerstraße wurden einem Schreiner an der Hobelmaschine 4 Finger abgeschnitten. Er wurde in die Klinik gebracht. Wie sich dieser Unfall ereignete, ist noch nicht aufgeklärt.

Furtwangen.

— Der Sozialdem. Verein hielt am Sonntag, 31. v. M., seine Generalversammlung für das Jahr 1908 ab. Der Besuch war etwas beeinträchtigt durch die schlechte Witterung, kann aber doch noch als gut bezeichnet werden. Aus dem Tätigkeitsbericht, der von Genosse J. Kinsler erstattet wurde, konnte man entnehmen, daß im abgelaufenen Jahre ein reges politisches Leben entfaltet wurde. Der Tätigkeitsbericht, sowie der Stoffbericht, welcher von Gen. Kinsler erstattet wurde,

wurden als gut anerkannt und dann der Verwaltung Decharge erteilt. Die Neuwahlen brachten eine kleine Aenderung hervor, indem der bisherige Vorsitzende Gen. Niemand sein Amt aus Arbeitsüberlastung nicht mehr annahm und an Stelle dessen Gen. Gottlieb Weiser gewählt wurde. Als Delegierter zum bad. Parteitag wurde Genosse Niemand gewählt. Beim Punkt Verschiedenes wurde u. a. auch über die Presse diskutiert. Man steht im allgemeinen dem neuen Preßobjekt sympathisch gegenüber. Nachdem noch eine Reihe von Wünschen geregelt wurde die sachlich verlaufene Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder, auch im neuen Jahr in jeder Beziehung ihre Pflicht zu erfüllen, vom Vorsitzenden geschlossen.

Weingarten, 8. Febr. Großfeuer ist heute morgen gegen halb 4 Uhr dahier ausgebrochen. Bis jetzt sind 3 Scheunen und 2 Wohngebäude dem verheerenden Element zum Opfer gefallen.

Wehr, 7. Febr. Unglücksfall. Kürzlich sah abends Frau J. mit den Kindern um den Tisch, als plötzlich die brennende Petroleumlampe umfiel und explodierte. Dabei ergoß sich der brennende Inhalt auf die Kleider eines am Tische sitzenden 1½jährigen Kindes. Dieses wurde durch die Brandwunden so schwer verletzt, daß es nach 3 Tagen starb.

Mannheim, 7. Febr. Großfeuer brach gestern Nacht in der Handelsbruderei Kah aus. Da die Gefahr infolge der nebenan befindlichen Branntweimbrennerei sehr groß war, mußte die Berufsfeuerwehr die freiwillige Feuerwehr alarmieren. Nach zwei Stunden war man des Feuers soweit Herr, daß eine weitere Gefahr ausgeschlossen war. Das Innere des Gebäudes ist total ausgebrannt, die Maschinen sind stark beschädigt, der Schaden daher bedeutend. Die Ursache der Entstehung ist noch nicht aufgeklärt.

Hochwasser

Aus dem Schefflenstal, 7. Febr. Auch unser sonst so friedliches Vöcklein ist durch die rasche Schneeschmelze gewaltig angeschwollen und hat seine Ufer so stark überschritten, daß in den niedrig gelegenen Gehöften das Vieh aus den Ställen entfernt werden mußte, da dieselben unter Wasser standen.

Wethheim, 7. Febr. (Privatbericht.) Hier haben wir seit heute früh ¼ 5 Uhr 2 Meter Wasserhöhe. In der inneren Stadt fahren 10—15 Röhne. Ein Hochwasser, das seit 1882 nicht mehr da war.

Wien, 7. Febr. Die Hochwasserermeldungen aus den Provinzen lauten fortwährend trübselig. Namentlich in Mähren, Böhmen und den Sudeten sind viele Ortschaften überschwemmt und teilweise von jedem Verkehr abgeschnitten. In Prag ist die Protobrücke dem Einsturz nahe. In Litzau in Mähren wurde ein Wagen, auf dem sich 6 Personen befanden, von den Fluten weggeschwemmt. Alle sechs ertranken.

Neues vom Tage.

Die Schreckenstat eines Wahnsinnigen.

Tief gestern in Berlin in der zum Teil noch unbekanten Ufnaustraße große Erregung hervor. Der 31 Jahre alte Steinbildhauer Hermann Hoffmann feuerte auf seinen in dieser Straße wohnenden 7 Jahre älteren Bruder Max Hoffmann, den er gestern früh besuchte, und auf dessen 29jährige Frau drei Schüsse ab. Max Hoffmann wurde durch zwei Kugeln, die das Herz durchbohrten, auf der Stelle getötet, die Frau lebensgefährlich verletzt. Der Mörder ist nach der Tat geflüchtet. Er leidet an religiösem Wahnsinn. Er lebte erst gestern von Hamburg, wohin er vor einem halben Jahr verzogen war, zurück.

Zum Fall Rade.

Der in Untersuchungshaft befindliche Mörder Josef Rade in Mainz hat inzwischen seine Bekenntnisse, die er dem Staatsanwalt schriftlich gemacht hatte, zum Teil widerrufen. Er bekennt jetzt entschieden, seiner Familie vorher Schlafpulver in Speisen und Getränke geschüttet zu haben.

Eine Skandalaffäre in Meiningen.

Eine Skandalaffäre, deren Schauplatz ein Gymnasium ist, erregt in der Hauptstadt Sachsen-Meiningsens peinliches Aufsehen. Wegen schwerer sittlicher Verfehlungen wurde, wie die Direktion des herzoglichen Realgymnasiums bekanntgibt, eine größere Anzahl von Schülern entlassen.

Wahrenth, 4. Febr. Im Zuge Eger—Nürnberg, zwischen Pegnitz und Schabelwald, gerieten heute früh zwei Reisende in Streit, im Verlauf dessen der eine auf seinen Gegner drei Revolvergeschosse abfeuerte und diesen, den Reisenden Voit aus Martredwitz, am Auge und den Schläfen verwundete. Der Täter rief dann die Kuppelir auf und verschwand im Dunkel; er wurde jedoch von der auf nächster Station verständigte Gendarmerie eingeholt und festgenommen.

Wenn man vor Ultimo einbricht. Von einer gemächlichen Szene zwischen einem flotten Reiteroffizier und einem Einbrecher, die den Vorzug haben soll, aus dem Leben gegriffen zu sein, weiß ein Sozialer Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ zu erzählen: Wicht da vor einigen Tagen ein Strolch nachts in die Wohnung eines Reiteroberleutnants ein und macht sich in dessen Garderobe zu schaffen. Das Unglück will, daß aus der Reithose des Offiziers eine Tabakdose mit Varn zu Boden fällt und den Eigentümer weckt. Dieser springt aus dem Bette, faßt den Einbrecher sehr unsanft beim Nacken und läutet auch seinen Burschen herbei. Herr und Diener prügeln den Strolch windelweich. Dann entwickelte sich folgender Dialog: Oberleutnant: „Was hat dich in meine Wohnung getrieben?“ Strolch: „Die Not, Herr Oberleutnant, ich habe nichts zu beissen.“ Oberleutnant: „Weißt du denn nicht, daß gegen Ende des Monats kein Knopf bei mir zu finden ist?“ Strolch: „? Oberleutnant: „Daß dich einmal untersuchen!“

Tableau! Der Oberleutnant findet fünf Lebs (Franken) in den Taschen des Einbrechers, übergibt das Geld dem Burschen mit dem Befehl: „Kaufe morgen Tee und Zucker!“ und läßt den „armen“ Strolch frei mit der Aufforderung, am Frühen wiederzukommen, um sich die fünf Franken zu holen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 8. Febr.

Die Eisenbahnarbeiten den hiesigen Geschäftslenten.

Der Baugewerbe-Verband Karlsruhe, e. V. (Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe) hat unterm 3. d. Mts. an die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen das Ersuchen gerichtet, daß im Hinblick auf die gegenwärtige ungünstige Lage des Handwerks die Maurer-, Zimmer-, Beton-, Eisenbeton- und Kanalarbeiten bei der Herstellung des neuen Bahnhofsvorplatzes an hiesige Geschäfte vergeben und, wenn äußerst möglich, verschiedene Unternehmer berücksichtigt werden. Er leitete eine Abschrift der Eingabe dem Stadtrat mit der Bitte mit, sie bei der Eisenbahnverwaltung zu befürworten. Der Stadtrat kam dieser Bitte nach.

Der Unterhaltungsabend des Vereins Volksbildung

gewährte den zahlreich erschienenen Besuchern volle Befriedigung. Der kleine Festhallsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt und punkt 8 Uhr konnte mit der Erlebigung des Programms begonnen werden. Dieses enthielt zwei Streichquartette für Violine, welche von den Herren Dipl.-Ing. Döderhoff, Privatdozent Dr. Just, Ing.-Praktik. Schachenmeier und Prof. Dr. v. Zwiabed in tadelloser Reinheit zum Vortrag gebracht wurden. Den gesanglichen Teil bestritten Fel. Knittel (Solistin) und ein gemischtes Quartett der Niederhalle, bestehend aus Herrn und Frau Döring, Frau Schweizer und Herrn Gahner. Die Klavierbegleitung hatte Herr Prof. Karle übernommen.

Frl. Knittel sang acht Lieder; die Dame verfügt über eine glodenhelle, vorzüglich geschulte Stimme; die Textausprache ließ nichts zu wünschen übrig und so war der Gesamteindruck ihres Auftretens ein vorzüglicher. Aber auch das gemischte Quartett der Niederhalle hatte eine gute Auswahl der Lieder getroffen. Es ist verständlich, wenn die Besucher solcher Veranstaltungen, wie der getriggen, das heitere Element bevorzugt sehen. Kommen die Vortragenden diesen Wünschen entgegen, können sie auf volles Verständnis rechnen. So wurden denn die Darbietungen des Quartetts, die aus fünf Nummern bestanden, mit großem Beifall aufgenommen; besonders das Tanzpoem Winterfreuden bildete einen guten Abschluß des Abends. Nicht unerwähnt darf der Vortrag des Herrn Prof. Dr. v. Zwiabed bleiben. Es waren Dialektdichtungen Karl Stieler's in oberbayerischer Mundart, die von Herrn Dr. v. Zwiabed gut interpretiert wurden; der Vortragende verstand es, den possenollen und heiteren Gehalt der Dichtungen ins rechte Licht zu rücken.

So darf denn der dritte Unterhaltungsabend des Vereins Volksbildung als durchaus gelungen betrachtet werden. Den Damen und Herren, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt hatten, sei an dieser Stelle dafür gedankt.

Damenführung der „Dassalla“

Die vom Sangverein „Dassalla“ gestern Abend im Saale der Restauration „Auerbach“ veranstaltete närrische Damenführung war überaus gut besucht. Das närrische Komitee hatte es verstanden, durch Zusammenstellung eines abwechslungsreichen Programms, die Besucher dieser Damenführung bis zum Schlusse im Banne des Bringen Karnevals zu halten. Allgemeine Lieder wechselten mit humoristischen Vorträgen und schon vorher angesagten Dauerreden satirischen und humoristischen Inhalts ab. Es wäre zu viel, wollte man alle die Namen derer hier auflisten, welche zum Gelingen des Abends durch ihre Mitwirkung beigetragen haben. Wit, Humor und Satire ließen sich gegenseitig den Rang ab. Wenig belantere Vorkommnisse blieben übrig, welche nicht unter die närrische Lupe genommen wurden. Mühte sich selbst die Presse eine humoristisch-satirische Kritik gefallen lassen, wenn man auch von seiten des närrischen Komitees die geschlagenen „tiefschwebenden“ Wunden wieder zu heilen suchte und dem Vertreter der Presse ebenfalls mit einem Festfledern auszeichnete. Der Präsident hatte überreiche Arbeit, alle diejenigen zu dekorieren, welche sich in den Dienst des Bringen Karnevals gestellt hatten. Alle Besucher gingen mit dem befriedigenden Gedanken nach Hause, einen gemütlichen Nachmittags und Abend verlegt zu haben.

Die Große Karnevalsgesellschaft

hielt am gestrigen Sonntag im „Kühlen Krug“ eine sehr gut besuchte Herrenführung ab. Nach dem Aufzug des Eserates wechselten Vorträge mit fröhlichen Faschingsliedern. Als Wüstenredner zeichneten sich besonders aus Stommel mit einer Streitrede, Wader als Nekrut, Deiningger als oberbayerischer Bauer und der rühmlich bekannte „Badenia-Müller“ als „Laternenzünder“. Auch die Redner Wegbecher, Wtinski, Wed, Lewi, Walther und Kaller lieferten sehr gelungene Beiträge. Die Veranstaltung darf sich würdig an die sonstigen Veranstaltungen der Karnevalsgesellschaft anschließen. Sie war gebiegen und zeugte von echtem karnevalistischem Humor, getreu der Devise: Allen wohl, niemand weh. Und „Wer lei Spah hat an de Poffe, der soll sich begrawe losse!“ Das ist auch unsere Meinung. Die Musikbegleitung wurde in vorzüglicher Weise von der Feuerwehrkapelle unter der Leitung ihres Kapellmeisters Sellmuth gestellt.

Die Karnevalsgesellschaft „Badenia“

hielt am Samstag Abend in der Bauerei Kammerer eine Damenführung ab. In drangvoll fürchterlicher Enge in des Wortes schlimmer Bedeutung saßen Narren und Märrinnen dicht gedrängt bei einander, um Neues aus der Wüti zu hören. Sie warteten nicht umsonst. Die Namen der Wüstenredner bezw. Rednerinnen: Wader, Stommel, Miners, Winteringer und Serian, Döringer, Müller und Deiningger bürgten dafür, daß der Humor und die Faschingslaune auf ihre Kosten kamen. Auch der „Jahresquast“ lieferte nicht nur ein prima Stoff, sondern auch noch einen „Extrakt“ dazu, der aber nichts kostete. Es war eine in allen Teilen wohl-gelungene Sitzung.

Befetzung von Lehrerstellen.

Der Gr. Oberschulrat wurde vom Stadtrat erjucht, die im Entwurfe des diesjährigen Voranschlags der Volksschuldenliste vorgesehenen 13 neuen Lehrerstellen (11 Haupt-

Fortsetzung auf der 7. Seite.

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund
 Stimpfdruck.
 Will der Preis sich doch heftigen,
 daß ihn seinen Hunger preissen.
 Götts.
 Die 500 Centwürde eingeleitet worden. Diese außerordentlich starke Beteiligung entspricht, nach einer Kundgebung des Stimpfdruckers, dem Wunsch der Stimpfdruckerei, nicht der Klein-

Briefkasten der Redaktion.

Rheinfelden. Eingefandtes zur Veröffentlichung nicht geeignet.

Geschäftliches.

„Das schwache Geschlecht“

Ist eigentlich ein deplazierter Ausdruck, wenn man beobachtet, welche hohe Ansprüche an die weibliche Körperkraft die Verächtung mancher Hausarbeiten stellt.

„Perfil“

Begrüßt, bei dessen Gebrauch sich der Waschprozeß außerordentlich einfach und mühelos gestaltet. Die Wäsche wird in Perfilaue getan, eine halbe Stunde lang gekocht, einige Stunden, am besten über Nacht, stehen gelassen und dann gut in möglichst heißem Wasser ausgespült.

Mit gewohnter Pünktlichkeit ist der Zeitung-Katalog der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse für das Jahr 1909 erschienen, und zwar in der im vergangenen Jahre neu eingeführten Form, die bei den Empfängern allgemeine Anerkennung gefunden hat.

Back', brat' und koch'

mit A L C O - Fett!

Es spart, schmeckt gut u. bräunt auch nett.

Advertisement for A L C O - Fett, featuring various products like 'Dauernde Stellung für Frauen', 'Zirkel 32', 'Herrenstoffe', 'Gewerkschafts- und Partei-Literatur', and 'Standesbuchauszüge der Stadt Durlach'.

Lehrer und 2 Hauptlehrerinnen) einzuweisen zur Bewertung auszusprechen. Ein ähnliches Ersuchen wird an das Landesgewerbeamt - Abteilung 2 - wegen Besetzung der diesjährigen Voranschlag der Handelschulkasse vorgelegenen weiteren etatmäßigen Handelslehrerstelle gerichtet.

Handelskammer.

Aus den Verhandlungen der Handelskammer vom 29. Jan. wird die Rechnung für 1908 vorgelegt und der Voranschlag für 1909 beraten und definitiv - mit einem Umlagefuß von 8 bis 10 Pf. für 100 M. steuerpflichtiges Kapital gegen 1 Pf. in den letzten acht Jahren - festgestellt.

Ueber Blindarm-Entzündung, deren Entstehung, Ursachen und naturgemäße (operationslose) Behandlung wird Herr Naturheilkundiger Robert Schneider heute Abend 7/8 Uhr im Schrempfischen Saal 3 einen öffentlichen Vortrag halten.

Arbeiterdiskussionsklub. Für die Faschnachtspiele von Hans Sachs, die von Arbeitern aufgeführt werden und von Hofkapellmeister Baumbach in Szene gesetzt sind, zeigt sich ein sehr starkes Interesse.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Mit den Zuständen in der Kathreiner Malztaffel-Fabrik mußten wir uns schon früher beschäftigen; die Verhältnisse sind aber nicht besser geworden.

Die Stellen zweier Chauffeurs zur Führung und Instandhaltung der automobilen Centrifugalspritze der ständigen Feuerwache und des zu beschaffenden automobilen Krankentransportwagens werden zunächst probeweise dem Schlosser Jakob Brunst hier und dem Fahrradhändler Karl Leib hier übertragen.

Die Stelle eines Leichenträgers wird dem bisherigen Hilfsleichenträger Heinrich Weder zugewiesen.

Die Abwässer von Durlach. Der Entwurf eines mit der Stadtgemeinde Durlach abzuschließenden Vertrags über die Abführung und Reinigung der Abwässer der Stadt Durlach wurde vom Stadtrat vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt.

Städtisches Krankenhaus. Die vom städtischen Hochbauamt verfaßte Denkschrift über den Bau des neuen städtischen Krankenhauses soll samt Plänen im Buchdruck vervielfältigt werden.

Feuerbestattung. Im Jahre 1908 wurden im städtischen Krematorium 141 Feuerbestattungen vorgenommen gegen 109 im Jahre 1907, 110 im Jahre 1906 und 94 im Jahre 1905.

Die elektrische Uhr in der Sofienstraße. Der Bürgerverein der Weststadt hat den Wunsch ausgesprochen, daß die elektrische Uhr Ecke der Sofien- und Schillerstraße, die nach dem Beschluß des Stadtrats aus letzter Sitzung in die Sofienstraße beim Gutenbergplatz verlegt werden soll, an ihrem derzeitigen Standorte verbleibe.

Eine Verhaftung mit Fingerringen. Gestern früh wurde der ledige 32 Jahre alte Wäcker und Schneider Friedrich Spielmann aus Wilsbergingen, der wegen Einbruchsdiebstahle schon mit 6 Jahren verurteilt ist, neuerdings von der Staatsanwaltschaft Freiburg wegen erschwerter Diebstahls verfolgt wird und mehrerer Einbruchsdiebstahle, die in letzter Zeit verübt wurden, überführt ist, festgenommen.

Ein verheirateter Prestidivert. Ein hochherzoglicher Herr, der die „Fronk“, 84“, um die Veröffentlichung folgender Sätze: „Im Jahre 1862 fandte der Dichterdamein G r e i s e n r e b e r von der Regierung für die Erlaubnis der Mänliche Söldner die Strafe erhielt, für eine bestimmte Summe

daß ein Kriminalbeamter mit schußfertigen Revolver auf ihn zukam, nannte er den Beamten beim Namen und versicherte ihm, daß er ihm nichts tue und mitgehen werde. In seinem Besitz wurden eine große Anzahl Gegenstände gefunden, die von noch nicht aufgeklärten Diebstählen herrühren und die auf dem Bureau der Kriminalpolizei eingesehen werden können.

Reißzeug gestohlen. Vom 30. vor. Mts. bis 1. ds. Mts. kam in der Baugewerkschule ein Präzisions-Reißzeug (Nichter), D. P. gezeichnet, im Werte von 80 M. abhanden.

Kellnerin und Gast. Ein 30 Jahre alter verheirateter Monteur aus Oden beleidigte in einer Wirtschaft in Mühlburg eine Kellnerin, weshalb diese ihm mit der Hand ins Gesicht schlug. Daraufhin faßte er die Kellnerin an den Haaren, riß ihr eine Handvoll Haare heraus und schlug ihr mehrmals den Kopf gegen eine Türe, infolgedessen sie mehrere Blutunterlaufungen davontrug.

Telegramme.

Die Schnapsliebessgabe soll bleiben.

Berlin, 6. Febr. Angeichts der Situation, die durch die Ablehnung des Branntweinsteuer-Monopols in der Siebener-Kommission des Reichstages geschaffen worden ist, hat die von dieser eingesezte Subkommission nach Beendigung ihrer Beratungen der Regierung nunmehr den Kompromißantrag übergeben, der auf etwa folgenden Grundzügen beruht: Die Regierung verzichtet auf die Forderung des Monopols. Die Malzsteuer wird abgeschafft, dagegen wird die Verbrauchsabgabe, die ehemals 70 M. für das Hektoliter betrug, auf weit über 100 M. erhöht.

Von der Nachlaßsteuer.

Berlin, 6. Febr. Die Abstimmung über die Nachlaßsteuer wurde von der Steuerkommission des Reichstages vorläufig ausgesetzt.

Die Parlamentswirren in Oesterreich.

Wien, 6. Febr. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Regierung das Parlament im März einberufen, um einen letzten Versuch zu unternehmen, um das Haus arbeitsfähig zu machen.

Die Kriegsschreier in Geldnöten.

Belgrad, 6. Febr. Gestern Abend fand unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat statt, in welchem der aus Cetinje zurückgekehrte Protitsch über seine Mission Bericht erstattete. Es verlautet, Fürst Nikita habe gegenüber Protitsch erklärt, daß Montenegro den jetzigen Stand des Seeres aus eigenen Mitteln nicht weiter aufrecht erhalten könne.

Noch immer keine Verständigung.

Konstantinopel, 6. Febr. Der Ministerrat hat die von Oesterreich vorgelegene Aenderung des türkisch-österreichischen Verständigungsprotokolls verworfen.

Bryan von einem Unfall betroffen.

Newyork, 8. Febr. Der frühere Präsidentschaftskandidat Bryan ist von einem schweren Automobilunfall betroffen worden. Er unternahm in der Nähe von Tampa eine Automobilfahrt. Der Wagen wurde gegen ein Brückengeländer geworfen. Bryan fiel aus dem Wagen und erlitt erhebliche Quetschungen und einen Beinbruch.

Privat-Telegramme.

Die Angst vor den Wahldemonstrationen.

Breslau, 8. Febr. Alle öffentlichen Gebäude waren gestern polizeilich besetzt. Man glaubte, über die Stadt sei der Belagerungszustand verhängt. Erst um 4 Uhr nachmittags zogen die Polizisten ab. Man hatte nämlich Wahlrechtsdemonstrationen befürchtet.

Wahlrechtsdemonstrationen im schlesischen Kohlenrevier

Waldburg, 8. Febr. Hier fanden gestern größere Wahlrechtsdemonstrationen statt. Die Besucher einer Versammlung in Wittwasser zogen nach Waldburg vorwärts und brachten Schreie auf das Wahlrecht aus. Der Bürgermeister war erst der Meinung, es handle sich um patriotische Kundgebungen und zog seinen Hut.

Die freis. Vereinigung gegen die Finanzreform.

Essen, 8. Febr. In der gestrigen Sitzung der sozialliberalen Vereinigung erklärte Abg. Gothein, seine Parteifreunde seien gegen die Finanzreform.

Weisswaren-Verkauf 1909.

S. Model

Ausserordentlich preiswerte Angebote in Weisswaren - Aussteuer-Artikeln Damenwäsche - Weisser Konfektion.

Auf alle nicht zurückgesetzten Artikel 10% oder doppelte Rabattmarken.

